

Mone.

Protokoll der Konferenz

vom 20. Januar 1908.





# Freie Zone.

## Orientierende Besprechung

- in -

Parlamentsgebäude, Konferenzzimmer No 4

— am 20. Januar 1908 —

### Teilnehmer:

- Herr Bundespräsident Brenner, Vorsitzender,
- " Bundesrat Beucher (Handels-, Industrie- und Landwirtschaftsdepartement),
- " Bundesrat Comtesse (Finanz- & Zolldepartement),
- " Minister Lardy, Schweiz. General in Paris
- " Oberst & Nat. Rat. A. Hüinrli,
- " Nationalrat Alfred Frey,
- " Nationalrat Louis Martin,
- " Dr. Laur, Bauernsekretär,
- " Dr. A. Eichmann, Chef der Handelsabteilung,
- " Suter, schweiz. Oberzolldirektor,
- " Müller, Chef der Landwirtschaftsabteilung,
- " D. Pottera, eidg. Viehsuchenkommissar

} Handelsvertrags-  
Delegation.

Um 10 $\frac{1}{2}$  Uhr eröffnet

Herr Bundespräsident Brenner die Verhandlungen, indem er die Anwesenden begrüßt & dann einleitend folgendes ausführte: Im September vorigen Jahres hat der franz. Botschafter dem damaligen Bundespräsidenten (Müller) mündlich die Frage unterbreitet, ob es nicht möglich wäre, den Beschlüssen der freien Zone weitere Vergünstigungen für die Einfuhr ihrer Produkte in die Schweiz zu gewähren; dabei betonte er namentlich die drei Punkte:

1. Zulassung eines <sup>doppelten</sup> ~~großem~~ Quantums Wein, zollfrei,
2. freie Einfuhr von Vieh & Fleisch, in limitierter oder illimitierter Menge,
3. zollfreie Zulassung eines größeren Quantums Honigs als bisher.



Diese Begehren wurden zunächst dem Handels- und dem Kolledepartement zur Ternehmlassung übermittelt. Mit Handschrift vom 14. Okt. 1907 äuferte sich zunächst das Handelsdepartement dahin, daß es nicht in der Lage sei, schon jetzt bestimmte Vorschläge zu machen; dagegen sprach es die Genehmigung aus, interessierte Personen & Verbände zu befragen und ihnen Gelegenheit zur Aussprache zu geben. Zu diesem Zwecke hat sich das Handelsdepartement dann an folgende Verbände gewendet:

Schweiz. Handels- & Industrie-Verein, Schweiz. Bauernverband und Schweiz. Gewerbeverein. Sodann hat es den Wunsch gehabt, daß auch einige Herren in amtlichen Stellungen sich zur Frage äußern möchten und daher auch den Herrn Minister Lardy, sowie die Vertragsdelegation, mit dem Studium der Frage betraut.

Zur Stunde sind die Antworten & Berichte noch nicht alle eingelangt und es ist daher die in Aussicht genommene offizielle Besprechung auf einen spätem Termin verschoben worden. Die heutige Besprechung kann aus diesen Gründen nur eine vorläufige und unverbindliche sein; Beschlüsse werden wir nicht fassen können.

Von Herrn Bundesrat Deucher bin ich ersucht worden, die Konferenz zu präsidieren und habe das Mandat übernommen, glaube aber, es sei am besten, wenn sich Herr Deucher in der Frage zuerst äußert.

Herr Bundesrat Deucher: Ich habe dem einleitenden Worte des Herrn Präsidenten zunächst nicht viel beizufügen. Ich glaube auch nicht, daß es notwendig sei, die Herren mit der allgemeinen Situation bekannt zu machen oder einen historischen Rückblick zu geben. Wenn es nötig werden sollte, dies oder jenes eingehender zu erörtern, so kann es im Laufe der Diskussion geschehen.

Eines wissen Sie bereits, daß schon vor der Eingabe des franz. Botschafters an den Bundesrat, in der freien Zone eine industrielle Partei bestand, die eine Bewegung zur Aufhebung der Zonen insgemindert hat. Dieser drohenden Bewegung steht die Land-



wirtschaftliche Bevölkerung gegenüber, die im Gegenteil Fortbestand der Zonen und größere Zollleichterungen für die Ausführung ihrer Produkte nach der Schweiz wünscht.

Offiziellen Ausdruck fand diese Bewegung, die von Stadt und Kanton Genf unterstützt wird, dadurch, daß der franz. Botschafter im September 1907 ein mündliches Begehren an den Bundesrat richtete. Erst auf mein Verlangen wurde dann eine kurze "Kabelnote" ohne Begründung eingereicht. Es scheint, daß die franz. Regierung absichtlich so gehandelt hat, um der Sache nicht eine zu große politische Bedeutung zu geben. Es konnte auch uns konvenieren, möglichst freie Hand zu haben, und das Nötige vornehmen zu können, ohne unter französischem Drucke zu stehen.

Zunächst haben wir mit Rücksicht auf die große Wichtigkeit der Frage die beteiligten Kreise um ihr Gutachten angegangen. Diese Kreise sind in erster Linie die Genfer, sodann unsere großen industriellen Kreise und der Bauernverband.

Bis jetzt hat nur der Handels- & Industri-Verein in kurzen, mehr allgemeinen Bemerkungen geantwortet. Aus seinen Ausführungen geht hervor, daß er geneigt ist, dem Begehren soweit als möglich zu entsprechen.

Der Bauernverband hat erklärt, daß er mit Rücksicht auf die große Bedeutung der Angelegenheit nicht im Falle sei, vor Monatsfrist einen Bericht abzugeben.

Der Gewerbeverein hat sich <sup>noch</sup> ~~noch~~ nicht hören lassen.

Wir ~~sind~~ <sup>wären</sup> also mit bezug auf diese Mitbeteiligten nicht im klaren, wenn wir nicht sonst wüßten, wie sie sich etwa zur Frage stellen.

Das Handelsdepartement hat bereits am 14. Oktober letzten Jahres dem Politischen Departement eine Meinungsäußerung zukommen lassen und Andeutungen gegeben, wie etwa vorgegangen werden könnte. Wir haben darin, rein nur die Handelsinteressen besprochen, sind uns aber von Anfang klar gewesen, daß es sich um eine eminent politische Frage handelt: Die Stellung Genfs zur Schweiz und zur Zone. Und die Überzeugung, es sollte nicht



wegen Frankreich, und nicht wegen den Zonen, etwas mehr als bisher getan werden, sondern lediglich mit Rücksicht auf die geographische & politische Annehmlichkeit Genf, hat sich uns von Anfang an aufgedrängt. Daß dies aber in dem Umfange geschehe, wie es vom franz. Botschafter begehrt worden ist, davon kann natürlich keine Rede sein; es wäre dies sowohl wegen der finanziellen Tragweite, als namentlich auch wegen der beteiligten landwirtschaftlichen Interessen unzulässig.

Scharf auseinandergehalten werden müssen die Angelegenheiten der Zone von Hochsavoyen & diejenigen der Landschaft Gex. Es ist dies nötig, da die Zone jeden Tag aufgehoben werden kann und daß mit der Aufhebung auch alle Vergünstigungen dahinfiele. Mit Gex aber steht es anders; denn dieses nimmt seit dem <sup>Pariser</sup> ~~Genfer~~ Vertrag von 1815 eine besondere Stellung ein und dessen Verhältnis ist jeveilen mit dem Handelsvertrage in besonderer Abmachung geregelt worden. - Für die Zone von Hochsavoyen dagegen besteht das Abkommen von 1881, das für die Dauer von 30 Jahren abgeschlossen wurde, aber jederzeit auf 12 Monate gekündigt werden kann.

Das Departement hat die unverbindliche Meinung - und ich betone ausdrücklich, daß ich mich in keiner Weise bei dieser Meinung behaften lasse - es könnte mit bezug auf die Zone etwas getan werden.

Bis jetzt durften aus der Zone 100000hl Wein zollfrei eingeführt werden; Frankreich verlangt nun das doppelte Quantum. Davon kann keine Rede sein; höchstens könnte man eine Menge bis zu 50000hl zum früheren Zolle von fr. 3.50 hereinlassen. Die Franzosen begründen ihr Begehren für Wein & Vieh damit, daß wir mit unserem neuen Tarif höhere Zölle eingeführt und dafür kein Gegengewicht geschaffen haben. Aber dieser Begründung entspricht ihr Begehren nach Zollbefreiung von weitem 100000hl Wein keineswegs; dagegen würde das Zugeständnis des ehemaligen Zolles (fr. 3.50) für eine limitierte Menge Wein eher den Beschwerden Rechnung tragen.

Ander und viel schwieriger ist die Frage mit bezug auf:



Tier und Fleisch. Tier & Fleisch, die aus der Zone kommen, genießen keine besondere Vergünstigungen und ertrichten demnach die vertraglichen Zolltarife, die heute bedeutend höher sind als vor dem Jahre 1906. Das Begehren der <sup>Handelskammer in Genf</sup> ~~französischen~~ geht nun nicht etwa dahin, für diese drei Artikel die alten Zollverhältnisse wieder herzustellen, sondern verlangt geradezu Zollfreiheit für ein bestimmtes Quantum Ochsen, Kalber & Fleisch.

Da stehe ich nun auf dem Boden der absolutesten Ablehnung. Abgesehen von der großen finanziellen Einbuße, sind wir schon wegen der unbedingt notwendigen Viehrückenkontrolle darauf angewiesen, Tolle zu haben. Nie & nimmer kann hier von Zollfreiheit die Rede sein.

Formlich inweshalb ist das Begehren der sog. französischen Handelskammer in Genf, die nicht weniger als 10.000 Markkalber zollfrei haben möchte. Die Fahl ist so exorbitant, daß man staunen muß, woher die Leute den Mut zu dieser Forderung genommen haben.

Wir würden demnach:

Die Zollfreiheit für Tier unbedingt ablehnen und auf die Begehren zum Fleisch unter keinen Umständen eintreten. Aus hygienischen und viehpolizeilichen Gründen kann die zweite Forderung (Fleisch) nicht berücksichtigt werden; im Interesse Genfs wäre dies ja nicht einmal nötig, sagt man doch selber in Genf, man könne sogar das Fleisch verbieten, wenn man nur beim Tier Konzessionen mache. Die Genfer beziehen große Schlachtgebühren; sie sollen diese zuerst ermäßigen, bevor sie Opfer von der Eidgenossenschaft fordern.

Daß Genf für seinen Viehbedarf auf die Zone angewiesen ist, kann man billigerweise nicht in Abrede stellen, und es drängt sich dabei die Frage auf, ob man vielleicht für eine beschränkte Anzahl Stück Schlachtvieh einen ermäßigten Zoll gewähren könnte. Von den Tahlen der franz. Handelskammer müßte jedoch von vorneherein abgesehen werden.

Das Begehren zum Horng würde ich ohne weiteres abweisen; denn der Horng wird gegenwärtig zum großen Teil im zollfreien



Marktverkehr (bis 5kg) eingeführt. Der neue Tarif, durch den der Zoll auf Honig allerdings verdoppelt worden ist, kann also keinen Einfluss auf die Honigeinfuhr aus der Zone haben.

Für die Beziehungen mit der Landschaft Gen sind die Verhältnisse im neuen Handelsvertrag geregelt worden und es liegt daher kein Grund vor zur Gewährung weiterer Konzessionen.

Aus dem Gesagten werden Sie sehen, meine Herren, daß das Departement gewillt ist, etwas zu tun, aber nicht in dem Maße, wie es von Frankreich begehrt wird. Und was geschehen wird, geschieht nur im Interesse Genf, nicht wegen Frankreich.

Unserer Ausfuhr von 10 Millionen nach den Zonen steht eine Einfuhr von 20 Millionen gegenüber. Und es ist offenbar, daß unter den nach den Zonen gelieferten Waren noch sehr viele sind, die nicht einmal aus der Schweiz stammen, sondern aus fremden Staaten kommen.

Ueber die Weineinfuhr habe ich noch nachzutragen, daß neben den 10,000 hl zollfreiem Wein noch etwa 20,000 hl unter der Rubrik „Landwirtschaftl. Grenzverkehr“ zollfrei eingeführt werden. Bei all dieser Einfuhr bedarf es ausgedehnter Vorsichtsmaßregeln, damit wir nicht betrogen werden; es wird eben großer Mißbrauch getrieben mit den Bons de crédit.

Da uns Frankreich kein Äquivalent bieten kann für allfällige Konzessionen, wird es sich auch nicht um eine vertragliche Abmachung handeln können, sondern einzig und allein um autonome Zugeständnisse.

Nach diesen orientierenden Ausführungen des Chefs des Handelsdepartements gibt bemerkt

Herr Bundesrat Cortesse zu, daß die finanzielle Frage hier keine große Rolle spiele. Die politischen und rein wirtschaftlichen Verhältnisse müssen bestimmend wirken, und die Stellung Genf zu den Zonen, dessen Abhängigkeit von diesen Gebieten, ist ausschlaggebend. Seit Jahren besteht in den Zonen eine feindliche Partei, die es am liebsten hätte, wenn die gegenwärtigen Zustände aufhörten. Auf ihrer Seite steht auch die französische Zollverwaltung. Sobald wir keine oder nur ungenügende



Zugeständnisse machen, liefern wir diese zonenfeindlichen Partei willkommene Waffen in die Hände. Wir müssen wohl bedenken, daß wir die Freiheit der Zonen behalten, aber mit dem neuen Zolltarif die Einfuhr aus demselben erschwert haben. Wir haben also das bisherige Gleichgewicht gestört und gegenüber der Zone uns einer Unbilligkeit schuldig gemacht.

Wenn wir unter den gegenwärtigen Umständen keinerlei Zugeständnisse machen, werden die Forderungen in kurzer Zeit, und vielleicht in verschärfter Form wiederkehren und die ganze Frage sich denn in immerquicklicher Weise zuspitzen. Es ist daher jedenfalls vorzuziehen, die Gelegenheit nicht vorübergehen zu lassen, sondern durch greifbare Konzessionen beizeiten die Gemüter zu beruhigen.

Er glaubt, daß man die begehrten 10.000 hl. Wein schon zugestehen könnte und auch in den andern Positionen Entgegenkommen beweisen könnte.

Namentlich betont er die politische Seite der Angelegenheit. Das wirtschaftliche Interesse muß unter allen Umständen zurücktreten hinter der viel wichtigeren und äußerst delikaten politischen Frage.

In der Savoyer Angelegenheit sind schon viele politische Fehler begangen worden, und wenn wir diesmal nicht in wohlbedachter Weise den Wünschen der Zonenbewohner und der Genfer entgegenkommen, so begehen wir den letzten großen politischen Fehler und könnten uns damit für die Zukunft eine verhängnisvolle Lage schaffen.

Begründen wir uns mit der Ausfuhr von 10 Millionen Franken nach den Zonen, suchen wir, sie uns weiterhin zu erhalten und zogen wir vor allem dafür, daß Genf unsern guten Willen anerkennen muß.

Herr Dr. Läubli. Der Bauernverband hat in seiner letzten Sitzung die Antwort auf die Aufgabe des Handelsdepartements besprochen; sie liegt auch im Manuskripte vor, konnte aber noch nicht gedruckt werden; deshalb sind wir etwas im Verzuge. Um die Herren nun mit dem Standpunkte unseres Volkes doch einigermaßen vertraut



machen zu können, muß ich etwas eingehend werden. Ich folge dabei im wesentlichen den Punkten des vor mir liegenden Gutachtens.

Der erste Eindruck, den die franz. Begehren auf mich machten, war eine große Überraschung. Bei den Handelsvertragsunterhandlungen über man auf beiden Seiten damit einverstanden, daß der Status quo das Leitmotiv bilden sollte, auch mit bezug auf die Warenfrage. Wenn Frankreich nun nachträglich neue Opfer von uns verlangt, so soll es erklären, daß es bereit ist für Gegenleistungen. Aus der Furschrift des Handelsdepartements habe ich gemerkt, daß Frankreich an unser Billigkeitsgefühl appelliert. Wenn irgend jemand diesem Gefühle nicht zugänglich ist, so ist es gewiß Frankreich selbst. Im neuen Vertrage hat es das große Los gezogen, und es wäre viel eher an ihm, uns Konzessionen zu machen. Es gewinnt, wir verlieren. Für Produkte aus der Zone hat Frankreich im Jahre 1899 Zölle erhoben im Betrage von fr. 28.000, und im Jahre 1906 für 82.000 fr. Der Export der Zonen nach Frankreich beträgt (1906) 32 Millionen, deren Einfuhr vorher aber 48 Millionen. Diese Verhältnisse verstimmen in der Zone, und es wäre viel eher an Frankreich, ihnen Konzessionen zu machen, als an der Schweiz; diese hat hierzu keine Ursache. Alle Staaten, nicht bloß die Schweiz, genießen die Zollfreiheit der Zonen. Der größte Teil unseres Exportes dahin setzt sich zusammen aus nichtschweizerischen Produkten, oder doch solchen, die in der Schweiz aus fremden Rohstoffen hergestellt worden sind. Wir haben also nach dieser Richtung gegenüber den Zonen keine Ausnahmestellung, sind aber dennoch das einzige Land, das ihnen spezielle Konzessionen macht.

Die Zone exportiert mehr zollfrei in die Schweiz als es umgekehrt der Fall ist. Ihre Produkte sind ~~und~~ alles Produkte des Landes; das was wir exportieren besteht zum kleinsten Teil aus schweizer. Landesprodukten. Gewiß ist es richtig, daß wir auch Zölle erheben; es ist aber nicht zu übersehen, daß unser Tarif den Zonen genügt hat. Jede Differenzierung ist um so mehr wert, je höher der schweiz. Zoll ist. Seitdem unser Zoll in die Höhe gegangen ist, zahlt man auch für die Bourse de crédit mehr.



Im Jahre 1905 haben die Zonen für 21,04 Millionen nach der Schweiz ausgeführt, im Jahre 1906, unter dem neuen Zolltarif, für 21,73 Millionen Franken. Worum sollen sie sich noch beklagen?

Wir sind weder Frankreich noch den Zonen etwas schuldig und Frankreich hat kein Recht, an unser Billigkeitsgefühl zu appellieren. Die Frage darf daher nur von unserem «Genfs Standpunkt» aus erwoogen werden. Und da sind es besonders die landwirtschaftlichen Interessen des Kantons Genf & der ganzen übrigen Schweiz, die in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Interessen Genfs an der Zone sind gewiss politisch, ja hochpolitisch; aber heute sind sie abgeklärt. Seit Jahrhunderten hat Genf Abrüstung seines Gebietes gesucht und diese durch die neutrale Zone erreicht, sodass das Gebiet Genfs heute nicht mehr gefährdet ist als irgend ein anderes Gebiet der Schweiz; seine Neutralität ist so gut gewahrt, wie diejenige der übrigen Landesteile. Zudem haben wir eine schweiz. Armee, die wir besten Falls neu gestärkt haben, und die nötigenfalls instande ist, unsere Neutralität zu wahren. Ich würde daher nicht, was für ein politisches Interesse nun noch massgebend sein sollte.

Man kann die Vaterlandsliebe einzelner Bürger nicht durch Konzessionen erhalten; das wäre eine Beleidigung für Genf. Für mich ist die Zonenfrage rein wirtschaftlich; von Genf aus kehrt man immer mit Vorliebe die hochpolitische Seite hervor. (Redner zitiert eine bezügliche Stelle aus „Rapports concernant les zones 1893“, wo Herr Nat.-Rat L. Martin ähnliche Gedanken ausspricht.) Auch Herr Kramer-Frey war dieser Ansicht und hat unter anderem geschrieben: „Es ist gut für Genf, dass die übrige Schweiz diese Privilegien nicht kennt.“

Ich werde dann bei der Besprechung der einzelnen Positionen beweisen, dass Genf besser situiert ist als irgend eine andere Schweizstadt. Die billigsten Lebensmittel kommen aus dem Auslande, und Genf ist im angenehmen Falle, unmittelbar aus dem nahen Frankreich sich verproviantieren zu können.

Die Schweiz hat nicht, unbedeutende Interessen an den Zonen;



doch soll man nicht übertreiben. Es steht eine Ausfuhr von rund 10 Millionen Franken auf dem Spiele; es ist aber zu prüfen, ob wirklich dieser ganze Betrag auf dem Spiele stehe.

Ein Teil der freien Zone, das Pays de Gex & die kleinsardinische Zone, muß besonders behandelt werden; denn durch den Wiener Vertrag von 1815 sind dessen völkerrechtliche Verhältnisse ein für allemal festgelegt. Nur die größere Zone kann aufgehoben werden, aber wohl nicht ohne Volksabstimmung. Als es sich vor 50 Jahren um die politische Zugehörigkeit Savoyens handelte, wurde die Entscheidung dem Savoyervolke mit der Doppelfrage vorgelegt: „France avec zone, oui ou non“, und nur dem Zustandnis einer zollfreien Zone ist der frankreichfreundliche Entscheid zu verdanken. Auch heute noch kann von einer Aufhebung der Zone ohne Volksabstimmung keine Rede sein.

Es sind namentlich die frankriellen Savoyens, die andere Zollverhältnisse anstreben und viel Lärm machen. Die große Masse der Bevölkerung hat ganz andere Interessen. Die Zone bildet eine Oase in Europa. Die fiskalischen Gebühren, die Frankreich sonst im ganzen Lande bezieht, in der Zone werden sie nicht erhoben. Alle landwirtschaftlichen Produkte gehen zollfrei nach Frankreich und für den Rest zahlen sie bescheidene Zölle nach der Schweiz. Wegen dieser Bevorzugung steigen sich die savoyischen Produkte besonders hohe Preise. Was könnte deshalb die Masse von der Aufhebung profitieren? Nachher bliebe ihr nur noch der franz. Markt & außerdem würde sie auch mit allen fiskalischen Gebühren belastet. Die Gefahr ist für mich deshalb sehr klein.

Welches wären aber die Folgen, wenn die Zone dennoch aufgehoben werden sollte:

Im Jahre 1900 betrug die Bevölkerung in		
Pays de Gex	21.000 Seelen	10%
Kleinsard. Zone	18.000 "	8,5%
Übrige Zone	172.000 "	81,5%
	<hr/>	<hr/>
	211.000	100%

Die große Zone hat also mehr als  $\frac{4}{5}$  der Gesamtbevölkerung, allein



der Export dorthin beträgt nicht  $\frac{4}{5}$  unser Gesamtexportes nach den Zonen. Nach den Angaben der Genfer Handelskammer betrug die gesamte Ausfuhr nach den Zonen im Jahre 1905 10,5 Millionen Franken; von diesen waren nur für 4,5 Millionen schweizerische Produkte und unter den letztern waren wieder für 1,9 Millionen Franken, an denen Genf gar nicht beteiligt war. In sehr vielen Produkten befinden sich ausländische Rohstoffe. Ich glaube daher nicht, daß das Risiko Genf einen Arbeitsverlust von 1 Million Franken übersteige. Aber selbst im schlimmsten Falle wäre diese Summe nicht ganz verloren, denn es bleibt doch ein Teil des Exportes. Die Zonenfrage hat meines Erachtens für Genf wohl einige Bedeutung, doch darf diese nicht überschätzt oder gar zur Lebensfrage aufgebläht werden.

Die franz. Begehren stellen an die Schweiz die Zustimmung eines Opfers von über 600.000 fr.; das ist eine höhere Versicherungsprämie, als wir zahlen können, auch dann noch, wenn nicht alle Begehren erfüllt würden.

Ich will nun versuchen, klarzustellen, was hinter den einzelnen französischen Begehren steckt:

Wein. Die Landschaft Gex mißt den ihr gewährten Kredit für die Einfuhr zollfreier keine nicht aus; nur selten, in den Jahren ganz guter Ernten, wird das volle begünstigte Quantum hereingebracht. Der landwirtschaftliche Grenzverkehr ist ebenfalls zurückgegangen, so daß er jetzt nur noch etwa 6000 hl beträgt. Auch der Weinbau hat in dieser Landschaft abgenommen.

Die Zone von Hochsavoyen, der ein zollfreies Quantum von jährlich 10.000 hl zugestanden ist, hat in den letzten Jahren eingeführt:

<u>1903</u> :	6.292 hl	für fr.	226.532.-
<u>1904</u> :	8.486 "	" "	229.122.-
<u>1905</u> :	9.642 "	" "	231.408.-
<u>1906</u> :	9.578 "	" "	229.872.-

Der landwirtschaftliche freie Grenzverkehr mit Heris ist zurückgegangen, und der Weinbau in Hochsavoyen nimmt ebenfalls von



von Jahr zu Jahr ab. Die Ausfuhr der Savoye weine nach Frankreich ist viel schärfer kontrolliert als diejenige nach der Schweiz. Früher lieferte die Zone bis 45.000 hl Wein nach Frankreich; diese Ziffer ist kleiner geworden und betrug in der Periode 1897-1901 noch 10 bis 16.000 hl, und in der Periode 1904-1906 nur noch 6-7000 hl. Das ist ein neuer Beweis dafür, daß der Weinbau in der Zone zurückgeht. Die heutige Weinproduktion in der Zone genügt nicht einmal mehr zur Deckung des eigenen Bedarfs. Die Thonenbewohner haben überhaupt kein Bedürfnis für die Ausfuhr nach der Schweiz; es sind die Händler, die davon profitieren. Mit dem Bons de crédit wird ein schwunghafter Handel getrieben (Herr Dr. Laur zeigt einen solchen Schein, der für 2fr gekauft worden ist.) Es ist konstatiert, daß mit diesen Bons de crédit französische & selbst spanische Weine in die Schweiz eingeführt werden und daß der Bund auf diese Weise jährlich etwas 125.000 fr einbüßt.

Schon heute wird der Kredit nicht voll ausgenützt und wenn wir weitere Begünstigungen gewähren, so unterstützen wir nur Lug & Betrug. (Herr Laur liest einige Gutachten von Genfern, die in Berichten der B.V. erscheinen werden.)

Tier und Fleisch. Für diese Produkte ist noch nie Zollfreiheit verlangt worden. Unser neuer Tarif hat die Zölle etwas erhöht; dennoch ist die Einfuhr von Ochsen gestiegen; diejenige von Kälbern & großen Schweinen hat allerdings etwas abgenommen, dafür ist aber die Zufuhr von Fleisch bedeutend in die Höhe gegangen und beträgt über 6000 q. Die Zone hat also durch unsern neuen Tarif ganz bedeutend gewonnen. Ich vermute, daß die ganze Bewegung von Genf aus geht. Es ist ja bezeichnend genug, daß bei den letzten Unterhandlungen über die Viehzölle in Paris der savoyische Vertreter für die Industrie der einzige war, der Herabsetzung unserer Auszölle begehrt, damit man stämme - damit Genf billigeres Fleisch bekomme! Die Franzosen sollen zuerst dafür sorgen, daß Paris billigeres Fleisch bekommt, bevor sie das für Genf anstreben. Genf liegt in dieser Beziehung außerordentlich günstig, indem heute die billigsten Ochsen aus Frankreich kommen.



Das Departement Ais & Hochsavoyen allein haben zusammen 38.000 Ochsen, während die ganze Schweiz deren nur 34.000 hat. Die Fleischpreise stehen deshalb in Genf außerordentlich niedrig, wie das aus einer Vergleichung mit denjenigen in Lausanne hervorgeht:

	<u>Genf</u> (per kg)	<u>Lausanne</u>
Ochsenfleisch	1.65 - 1.74	1.77 - 1.88
Kühhfleisch	1.21 - 1.55	1.68 - 1.75
Kalbfleisch	1.24 - 1.33	1.29 - 1.33
Schweinefleisch	1.32 - 1.42	1.27 - 1.35

Das sind die Engrospreise; die Detailpreise stehen allerdings in Genf höher als in Lausanne, aber daran sind die internen Verhältnisse schuld. Genf macht alljährlich einen Überschuss von etwa 90.000 fr mit seiner Schlachthausgebühren. Es ist deswegen nicht ganz richtig, wenn diese Stadt kommt und an die Eidgenossenschaft das Ansuchen stellt, das Vieh frei hereinzulassen, damit sie weiter ihre hohen Gebühren beziehen kann. Zollmäßigkeit ist hier ungerecht und eine Bevorzugung der Stadt Genf. In Paris würde z. B. der Zoll für Kalber, rein im Interesse Genfs, von 15 auf 12 fr. 4- erniedrigt, und man soll man hier noch eine Exzise einbringen. Die Genfer sollen auch - wie andere Städte - beitragen an die Anlagen des Bundes.

Die Genfer Landwirte zerfallen in zwei Gruppen: Die erste Gruppe beklagt sich beständig über die Viehseuchenpolizei; die andere warnt vor der Seuchengefahr & bekämpft jede Ermäßigung des Viehzolls, weil die Ausbreitungsgefahr aus Savoyen groß ist. Tatsächlich ist die Viehseuchenpolizei in Savoyen absolut ungenügend. (Der Lausener zeigt einen Gesundheitschein, der im Jahre 1907 verwendet wurde, der aber von einem Inspektor unterschrieben ist, der bereits zwei Jahre bei den Toten weilte!) Die Gesundheitscheine seien durchaus unzuverlässig, da sie gewöhnlich in blanco ausgestellt werden. Ganz Hochsavoyen hat nur 8000 Ochsen und schickt uns jährlich 2000 Stück. Es ist unmöglich, dass diese



alle aus der Zone kommen; es befinden sich daründer viele französische Ochsen, die mit gefälschten Scheinen eingeführt werden.

Zollfreiheit für savoyische Ochsen bedingt den Ruin der Genfer Landwirtschaft. Auf die Tierseuchenpolizei können wir nicht verzichten und dürfen daher die Ochsen nicht zollfrei hereinlassen. Aber nicht nur die Genfer Landwirtschaft hätte einen großen Schaden, sondern es würde die gesammte schweizerische Landwirtschaft in Mitleidenschaft gezogen.

Honig. Das Begehren um Vergünstigungen der Honigeinfuhr hat mich am meisten überrascht, weil die verlangten Konzessionen schon jetzt bestehen. Es scheint, daß die Gmündler von dieser Taback gar keine Kenntnis haben; jedenfalls sind es keine Bauern, wohl aber vielleicht Genfer Biscuit-fabrikanten. Es soll gegenwärtig häufig vorkommen, daß die Exporteure in den Zonen billigen Chile-honig kommen lassen und ihn unter dem Schutze des Marktvorkaufs nach Genf bringen. Von einem Entgegenkommen auf dieses Begehren kann unter keinen Umständen die Rede sein.

Nach diesen Untersuchungen komme ich zum Schlusse, daß alle drei Begehren abzuweisen sind; die Zonen & Frankreich haben keine Ursache & keine Berechtigung, sich zu beklagen. Jedenfalls ist das von uns geforderte Opfer von 630.000fr zu groß. Die Zolleinnahmen wachsen nicht so, wie man erwartet hat, und endlich würden die verlangten Vergünstigungen die Genferische Landwirtschaft ruinieren. Schon jetzt leidet sie am meisten unter der Seuchenpolizei; man darf ihr keinen Extraschaden mehr zufügen.

Aus diesen Gründen möchte ich Ihnen sehr empfehlen, die Begehren abzuweisen & den Status quo zu belassen; auch sollte ein System gesucht werden, das in höherem Maße als das bisherige garantiert, daß die aus den Zonen eingeführten Waren auch wirklich aus den Zonen stammen.

Herr Bundespräsident Bremser dankt Herrn Dr. Lauer für die eingehende Aufklärung. - Weiter stellt er fest, daß es nicht möglich war, die Besprechung weiter zu verschieben, da Herr Bundesrat Jenckle



in den nächsten 14 Tagen anderweitig in Anspruch genommen sein wird. - Ferner führt er aus:

Ich nehme an, wir fassen heute keine Beschlüsse. Das können wir erst dann, wenn die Vertreter sämtlicher Interessenten gehört worden sind. -

Hier wird um 1 1/2 Uhr abgebrochen und Fortsetzung der Besprechung auf nachmittags 2 1/2 Uhr beschlossen.

## Nachmittags-sitzung.

Herr Bundespräsident Brenner leitet die weiteren Verhandlungen ein & erteilt das Wort zunächst

Herrn Minister Lardy, der in längeren Ausführungen einen Überblick gibt über die historische und politische Seite der Zonenfrage. Bei den Verhandlungen im Jahre 1869 wurde Zollfreiheit für 20.000 hl Wein gefordert; die Schweiz gestand nur die Hälfte zu. Infolgedessen sind uns die Franzosen - wie es sonst vorgesehen war - in Eisenbahnfragen nicht entgegenkommen & haben z. B. die Strecke Bellegarde - Annemasse mit Umgehung Genf gebaut.

Es ist allerdings richtig, daß wir Frankreich & der Zone nichts schulden; aber in praxi stellt sich die Frage doch anders. Anlässlich des Zollkrieges im Jahre 1893 hatte die Schweiz den Differenzialtarif auch auf die Zone angewendet, deswegen verlangte und erhielt die Zone Gegenmaßregeln (Garnisonen)

Herr Dr. Laro hat behauptet, die Zonen würden nicht aufgehoben. Diese Behauptung kann man entgegenhalten, daß in Frankreich verlangt wurde, in Savoyen Festungen zu bauen und mit der Schweiz zu umhandeln, daß sie auf die Neutralität Savoyens verzichte. In Frankreich besteht eine starke Tendenz, die Zonen aufzuheben, und dazu tragen auch die Nationalitätsverhältnisse in Genf bei. Um die Neutralität der Zonen zu schützen, werden wir immer auf die Hilfe des übrigen Europa zählen können; aber bevor wir vor das internationale Forum



Arten, müssen wir selber tun, was in unsern Kräften liegt. Weiter gibt Herr Lardy eine kurze Zusammenfassung der in der Lorenfrage begangenen politischen Fehler und kommt dadurch zum Schlusse, daß gegenüber dem hohen politischen Interesse die paar Säunen-Hektoliter Wein nicht in Betracht kommen können. Durch Ablehnung der gegenwärtigen Begehren würden wir einen Fortschritt gegen die Neutralität begehren und uns wertvolle Sympathien verschergen.

Herr Nationalrat L. Martin stellt sich zwei Fragen: Soll prinzipiell den Begehren entsprochen werden oder nicht, und wenn ja, in welchem Maße.

Die heute morgen von Herrn Dr. Lär verlesene Stelle aus meinem Berichte vom Jahre 1893 hat heute noch ihre Richtigkeit. Damals war die politische Seite gar nicht berührt worden und Redner ein entschiedener Gegner der Zone. Er hat dann Gelegenheit gehabt, die Frage gründlich zu studieren und gewann die Ueberszeugung, daß man mit bezug auf die Mißbräuche viel Lärm um nichts macht. Die zitierte Stelle bildet aber nicht die Grundlage zur Stellung des Redners. Herr Dr. Lär hat die Angelegenheit viel zu sehr von der materiellen Seite aus behandelt & die politische Seite zu wenig in Betracht gezogen, die in Wirklichkeit viel bedeutender ist, als man vielerorts glaubt. Herr Martin kommt infolgedessen zu ganz andern Schlüssen als Herr Lär. Genf ist von Frankreich nicht bloß umgeben, sondern sogar von allen Seiten eingeeengt; es hat selbst eingeschriebene Wähler, die Savoyarden sind. Auch ist die Lage Genfs heute viel ernster als damals, wo ich den von Herrn Lär zitierten Passus geschrieben habe.

Hätten im Jahre 1860 für die Savoyarden Freiheit der Abstammung bestanden, so hätten 80% sich für die Schweiz erklärt. Im Jahre 1893 hatte sich die Situation schon stark geändert; aber immerhin lebte damals noch ein Teil der schweizerfreundlichen Partei; heute ist er verschwunden; man kennt nur noch Frankreich. Die Sympathien für uns sind kleiner geworden; es besteht sogar eher Abneigung, weil das nicht eingetroffen ist, was



man von der Schweiz erwartet hatte. Früher war die ganze Einfuhr zollfrei oder hatte doch nur sehr mäßige Abgaben zu entrichten; die Schweiz hat aber den Zolltarif zu verschiedenen Malen erhöht und infolgedessen hat sich die Industriefrage in den Tönen immer mehr zugespitzt. Die Industrie kann mit ihren Produkten nicht nach Frankreich und nicht mehr nach der Schweiz. Aus diesem Grunde wächst die Abtrennungspartei mit der Industrie und die Tönenfrage wird gestellt werden.

Die Schweiz kann allerdings ohne die Tönen bestehen; aber wie würde sich dann Genf stellen? Es ist bekannt, daß Frankreich & seine Zollverwaltung gegen die Tönen sind, und wenn wir jetzt nichts nachgeben, wird Frankreich den Knoten lösen und die Konsequenzen ziehen. In Genf aber müßte die Aufhebung der Tönen eine wirtschaftliche Depression zur Folge haben, die von den zahlreichen fremden Elementen ausgebeutet würde. Der Bruch mit den Tönen würde Genf & die Schweiz in eine verzweifelte Lage bringen.

Die wirtschaftliche Seite der Angelegenheit, so ernst und so bedrohlich sie von einem gewissen Standpunkte aus erscheinen mag, wird von der politischen weit überregt und die Schweiz hat allen Grund, Konzessionen zu machen.

Herr Nationalrat, Hünzli. Es ist kein Geheimnis, daß Frankreich es mit allen Mitteln versucht, die Tönen wirtschaftlich der Schweiz zu entfremden, um dann in geeigneten Augenblicke einen Schritt weiter zu gehen. Viele Leute in der Schweiz wissen, daß der nächste Krieg Genf Loiripen oder Savoyen zur Schweiz bringen wird. Herr Laro hat gesagt, das Leben in Genf sei billiger als in andern Schweizerstädten; auch die Steuern sind mäßig. Wie kommt es denn, daß die Entwicklung Langranner fortschreitet, als z. B. in Zürich, Basel, St. Gallen, Bern, Lausanne, u. s. w.; Lausanne ganz besonders scheint einer guten Zukunft entgegenzugehen. Es sind in Genf nicht so günstige Bedingungen für den Verkehr, wie z. B. in Basel; dieses hat noch ein Hinterland, große Eisenbahnen, in neuerer Zeit Dampfschiffahrt; und Zürich!



Ein wichtiges Handelszentrum, wo ein ganzes Netz wichtigster Verkehrsadern zusammenläuft; Bern gewinnt besonders als Sitz der eidg. Verwaltungen. Aber Genf ist mit der Schweiz nur durch einen ganz schmalen Landstreifen verbunden und die Verhältnisse liegen für dasselbe ganz anders als für die übrigen Schweizerstädte.

Die Herren Minister Lardy & Nationalrat Martin haben bewiesen, daß die politische Lage eine weit größere Rolle spielt als die ökonomische, daß die schweiz. Interessen im Verkehr mit Savoyen mit Füßen getreten worden sind. - Er erinnert an die Verhältnisse in Tessin & in Konstanz und schließt daraus, daß das schweizerische Gefühl, das schweiz. Bewußtsein heute besser entwickelt seien als früher.

Da die Toren, wie viele behaupten, uns nichts nützen, könnten wir die Begehren ablehnen und es riskieren, ob Frankreich den Vertrag kündigt; in diesem Falle müßten schwere Verwicklungen mit Frankreich kommen. Aber den Anstoß geben dazu, nein! Wenn wir den Anstoß geben, dann haben wir die ganze Genfer Bevölkerung wider uns, wie Herr Martin gesagt hat. So weit dürfen wir nicht gehen, sondern müssen vielmehr in vernünftigen Maße entgegenkommen. Ich bedaure, daß wir den Bericht des Bauernverbandes noch nicht vor uns haben. Herr Dr. Lahr hat uns allerdings eingehend und schlagend den Standpunkt des Verbandes dargelegt; aber er wird auch zugeben müssen, daß wir nicht eine ökonomische Frage wegen der Zukunft Genfs aufs Spiel setzen können. Wenn Frankreich findet, es sei an der Zeit, die Marke abzunehmen und seine Zollgrenze bis an die Schweizergrenze vorzurücken, dann werden wir auch Genf auf unserer Seite haben.

Aus diesen Gründen halte ich es für angezeigt, den neuen Begehren nach Möglichkeit zu entsprechen. Wenn wir auch ein Opfer von 100 oder 150.000 f. bringen, so dürfte damit die Rettung der Situation nicht zu teuer bezahlt sein, und unser Fiskus kann ein solches Opfer bringen; Genf wird uns dafür Dank wissen.



Herr Nationalrat Alfred Frey. Nach den einläßlichen  
 Referaten von allen Seiten bleibt mir nicht mehr viel zu sagen  
 übrig. Ich stehe auf dem gleichen Boden, wie Herr Oberst Künzli;  
 das hindert aber nicht, daß ich mit Herrn Dr. Lür überzeugt  
 bin, daß uns die ganze Geschichte von der französischen Handels-  
 kammer in Genf ausgerichtet worden ist. Schon die Art und  
 Weise, wie Frankreich das Begehren vorgebracht hat, beweist mir  
 das genügend. Ich muß auch bekennen, daß für mich die  
 Frage wohl eine wirtschaftliche Seite hat, daß aber der politische  
 Punkt dominiert. Die Genfer Regierung selbst gibt ja zu, daß  
 die Angelegenheit mehr politisch als wirtschaftlich sei. Die indu-  
 strielle Schweiz hat hier eine gegebene Stellung und der Vorort  
 des H. T. V. hat recht gehabt, wenn er sich über die ganze Ange-  
 legenheit so kurz als möglich ausdrückte: es möchte den  
 Begehren insoweit entsprechen werden, als sich dies mit den  
 agrarischen Interessen vereinbaren läßt. (Herr Frey liest die bezügliche  
 Eingabe des Vororts.)

Er verweist auf den Vorgang im Jahre 1895, als es sich darum  
 handelte, im Zollkrieg mit Frankreich den Differenzialtarif auf  
 die Zonen ebenfalls anzuwenden. Die Zonen waren nicht im  
 Zollkrieg mit uns, weil sie nach wie vor der ganzen Welt  
 offen standen. Es war daher nicht unsere Sache, diesen die  
 Tore während des Zollkrieges zu verschließen.

Industrie & Handel sind sich klar, daß die Schweiz den  
 Zonen so viel bieten kann als sie will, daß wir doch kein  
 Kilogramm mehr dorthin werden liefern können als bisher.

Daß die Zonen doppelt so viel nach der Schweiz bringen, als wir  
 ihnen, beweist mir gar nichts, oder höchstens, daß Genf eben  
 auf diese Gebiete angewiesen ist. Es macht sich eigentüm-  
 lich im Berichte der Genfer Regierung, daß sich die Zonen  
 beklagen über unsere höheren Zölle, während solche Klagen am  
 besten angebracht wären gegenüber dem eigenen Mutterlande.

Es hat nicht die Meinung, als ob aus unserem autonomen  
 Entgegenkommen ein Präjudiz geschaffen werde für die Er-  
 neuerung des Übereinkommens vom Jahre 1881.



Die Opfer, die wir allenfalls bringen, rechtfertigen sich vollauf durch die politische Bedeutung der Angelegenheit.

Die Landschaft Gex fällt dabei aus dem Spiel; da deren Verhältnisse zur Schweiz seit 1864 in allen Verträgen geregelt worden sind und die neueren Abmachungen auch wieder im Handelsvertrage niedergelegt sind.

Andero liegt die Frage bei Savoyen. Das Uebereinkommen von 1881 ist auf 30 Jahre abgeschlossen und kann also auf 1912 gekündigt werden. Wenn ich grundsätzlich bejahe, daß man den Begehren so weit möglich entsprechen soll, so kann ich doch nicht unterlassen zu betonen, daß wir auch Rücksicht auf die Landwirtschaft & auf die Vertragstaaten nehmen müssen. Denn über ein gewisses Maß dürfen wir nicht hinaus gehen, sonst haben wir Vorstellungen von Italien und sogar von Frankreich (? Protokollführer) zu befürchten. Je mehr wir nämlich die Linie für zollfreie Wein erhöhen, desto mehr Eintrag tun wir Italien & Frankreich und es wäre nicht ausgeschlossen, daß sich die Parteien in Paris in die Haare gerieten.

Das Handelsdepartement hat in seinem Gutachten an das Polit. Dep. bereits Andeutungen gemacht, wie man zur allseitigen Zufriedenheit vorgehen könnte. Diese Vorschläge sind sehr beachtenswert, besonders mit Bezug auf Wein & Vieh. Genf spreche nicht vom Reich, wahrscheinlich weil es ein böses Gewissen habe.

Das Begehren für Romig ist abzulehnen, da die Genfer Handelskammer selber nicht darauf besteht.

Herr Oberzolldirektor Selter verbreitet sich über die Frage der Zolldefraudationen. Wir sind gegenüber Savoyen der Bona fides preisgegeben. Alle Mittel, die wir anwenden, sind nicht wirksam genug, um die Defraudationen aus der Welt zu schaffen. In Genf haben sich viele Savoyarden niedergelassen, um von landwirtschaftlichen Grenzverkehr für Wein profitieren zu können. Die Zollverwaltung hat das möglichste getan, um Überschreitungen zu hintertreiben; aber gegen die Bons de crédit können wir nicht aufkommen, weil wir gewisse Quantitäten hereinlassen müssen; das einzige, was wir tun



Können ist, daß wir die auf frische Tat Ertrappten tüchtig über die Ohren hauen. Die Zolldirektion in Genf läßt jedes Jahr die nötige Zahl Bons de crédit drucken; diese werden vom Direktor unterzeichnet und den Präfekturen zugestellt, die sie nach ihrem Ermessen verteilen. Es ist richtig, daß mit den Scheinen spekuliert wird und daß sie nicht in den Händen bleiben, in die sie gehören. Gegen diesen Mißbrauch können wir nichts machen. Werden die einführenden Waren mit dem Scheine vogeweisen, so haben wir kein Interesse, gegen die Vorweise einzuschreiten.

(Déclaration fondamentale.)

Ein ziemlich sicheres aber komplizirtes Mittel wurde nach dem Zollkrieg wieder fallen gelassen, und es fragt sich, ob man zu diesem frühen System wieder zurückkehren wolle. Von uns aus besteht kein Anlaß hierfür, weil wir sowieso bestimmte Quantitäten frei hereinlassen müssen.

Hier sind zwar hier & da im Falle, Defraudationen zu konstatieren & Strafen zu fällen; aber anderseits kann man nicht behaupten, daß solche Defraudationen in sehr ausgedehnter Weise geübt werden.

Als uns die Begehren des franz. Botschafters mit dem Bemerkens mitgeteilt wurden, daß die Sache dringlich sei, waren wir der Meinung, daß Frankreich binnen einigen Wochen eine Entschliepfung des Bundesrates haben wolle, deshalb gaben wir den Bericht, daß wir nicht in der Lage seien, besondere Ermäßigungen beantragen zu können. Das Departement hat dann den Antrag zurückbehalten & nicht unterzeichnet.

Meine persönliche Meinung ist so: Wenn wir auch Konzessionen einräumen, kann Frankreich in 2 oder 3 Jahren wieder kommen & weitere Konzessionen fordern. Unter dem französischen Schriftstellers herrscht die Ansicht, daß Frankreich berechtigt sei, die Auktionszone, & auch die andern zwei, jederzeit aufzuheben; die Kompetenzfrage wird in Frankreich fast allgemein bejaht. Die Schweiz hat ihr Wort nicht gehalten; im Jahre 1815 wurden die Zonen <sup>von Gené</sup> nur deshalb eingeräumt, weil wir damals keine Zölle bezogen; seit 1848 seien die Verhältnisse anders geworden, und da keine Reziprozität bestehe, sei Frankreich nicht mehr gebunden.



Man wird in Frankreich nicht nachlassen, bis „unser Citrone ausgepreßt ist“. Vor 1860 mußte Genf auch die zardinischen Zölle bezahlen, wenn die Waren aus dem Stintlande kamen. Wenn die Zone auch aufgehoben würde, würde ~~fr~~ Genf doch immer das natürliche Abzugsgebiet bleiben.

Über die politische Frage staube ich mir keine Äußerung.

Es ist meine Überzeugung, daß der Anlaß jedenfalls nicht aus der Zone stammt, sondern vom Kanton Genf selbst, und daß die franz. Handelskammer in Genf der Kanal war, durch den man die Sache nach Paris geleitet hat.

Herr Poterat, eidg. Viehseuchenkommissär. Die Einfuhr von Vieh aus den Zonen hat immer viel Unannehmlichkeiten verursacht; es besteht nur fiskale Kontrolle, nicht auch sanitäre. Gerade heute besteht wieder eine Seuche auf dem rechten Ufer der Rhone. Die Zeugnisse für das Vieh werden in den Wirtschaften paketweise verkauft, 100 Stück kosten 50 Franken. Die Behörden & die Grenzstränge haben keine Macht. Es kommt viel Vieh herein, das nicht aus den Zonen stammt, auch aus Frankreich; man erkennt es an den Passenmerkmalen. Jedes Tier trägt hinter dem Ohr eine Nummer, die mit derjenigen des Stempzeugnisses übereinstimmen soll; aber die Kontrolle hierfür ist unmöglich. Die eingeschleppten Krankheiten werden häufig vom Kanton Genf aus in die übrige Schweiz weiter verbreitet.

Beim Schlachtvieh können wir uns & vor Ansteckung durch sofortiges Abschachten schützen, beim Nutzvieh dagegen nicht, weil dieses vor dem Weittransport nicht lang genug in Genf bleibt, um jede Ansteckungsgefahr & anzuschließen. Schweine kommen wenig aus der Zone; dagegen werden solche sogar aus Holland in die Zonen eingeführt, einige Stunden nachher naturalisiert & dann in die Schweiz weiter expediert.

Das sind die Umstände, die uns aus sanitären Gründen zur größten Vorsicht nötigen.

Beim Fleisch sind die Defraudationen enorm, und wenn



man solches an der Grenze zurückweilt, so kommt es einige Stunden später, anders geschritten, doch herein. Das Lebensmittelgeld wird zwar in kurzem bei Remedur schaffen.

Herr Bundesrat Comtesse. Es bestehen viele minderwertige Schlachteinrichtungen an der Grenze; auch in den savoyischen Dörfern wird geschlachtet und die Kalber <sup>werden</sup> häufiger Weise transportiert. Das Landwirtschaftsdepartement könnte helfen und den Transport in Wagen bis zum Schlachthaus gestatten. Die Schlachthausgebühren in Genf sind zu hoch. Man sollte die Kalber zum alten Zoll von 10 Pf zulassen, und dies in limitierten Quantitäten; aber man stelle nicht lächerliche Forderungen auf, lieber gar nichts. Die Landwirtschaft muss unter den gegenwärtigen Umständen solidarisch sein mit den andern Interessenten; denn die genfer Landwirte stehen gut & können etwas tragen. Man soll daher nicht übertreiben und immer von „Ruin“ der Landwirtschaft reden. Die Behauptung, das Leben in Genf sei billiger als anderswärts, trifft auch nur bedingungsweise zu. Die Verantwortung für einen Bruch mit den Zonen möchte ich nicht auf mich nehmen. Hier müssen eine reinliche Politik verfolgt und nicht neue Fehler begangen. Konzessionen für limitierte Quantitäten halte ich für das einzig Richtige unter den gegenwärtigen Verhältnissen.

Herr Bundesrat Deucher. Ich habe heute schon durchblicken lassen, dass ich keine Zugeständnisse machen würde blos mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Seite der Frage. Aber wir müssen die politischen Konsequenzen ziehen. Infolge der früher gemachten Fehler ist allerdings heute nicht mehr möglich, die politische Situation so zu gestalten, wie wir sie haben möchten. Ich würde es wohl nicht mehr leben, dass die Frage des Verschwindens der Zonen latent wird; aber sie wird kommen, und vielleicht eher als wir vermuten. Wir können sie höchstens hinauszuziehen, aber nicht verhindern, weil die Zustände politisch & wirtschaftlich unhaltbar sind. Hierin gehe ich einig mit den Herren Comtesse & Künzli; dass nicht wir den Anstoss zum Bruch geben sollen; dazu muss auch die Landwirtschaft sich bequemen. Hier müssen Konzessionen machen; aber es gibt eine Grenze. Und als kleiner Staat dürfen wir



uns nicht als Schwächling zeigen.

Kramer-Frey wollte während des Zollkrieges den Löhnen nicht die Anzüge des Gebrauchstonis zubilligen.

Die franz. Begehren sind nur damit begründet, daß unser Zoll größer geworden seien; wir müssen daher auf die früheren Anzüge zurück, nicht aber Zollfreiheit zugutehen. Mit Bezug auf das Fleisch soll Ordnung geschaffen werden, dann wird auch dessen Einfuhr abrechnen.

Herr Nationalrat Künzli. Wenn der Bund Zugeständnisse machen will, soll er auch verlangen, daß Genf die Schlachthausgebühren ermäßigt. - Seit Kramer-Frey haben sich die Verhältnisse in Savoyen wesentlich verändert; dieses Land besitzt ausgedehnte Wasserkräfte, die der Industrie gute Dienste leisten könnten; allein diese sieht sich in ihrer Entwicklung gehemmt durch die franz. Zollschanken.

Herr Dr. Laur. Die Herren haben sich auf einen Standpunkt gestellt, den ich immer noch nicht teilen kann. Ich fühle mich zwar nicht kompetent, hier mitzusprechen; dennoch möchte ich gerne meine persönliche Meinung mitteilen. Die Fehler, die in der Lohnpolitik gemacht worden sind, können nicht mehr geändert werden. Mit unsem Konzessionen erreichen wir nur, daß die guten Genfer Landwirte verschwinden. Der schweizerische Weinbau geht sovielen schwierigen Zeiten entgegen und wenn wir nun noch mehr Wein zollfrei hereinlassen, so beschleunigen wir nur diese Krisis.

Herr Bundespräsident Breme konstatiert, daß die heutige Besprechung allseitig orientierend gewirkt habe, daß sie aber durchaus konfidentuell sei und der Presse nichts mitgeteilt werden dürfe.

Damit werden die Verhandlungen um 5 Uhr geschlossen.

Bern, den 25. Januar 1908

Der Protokollführer:

G. Schmid